

Simon Storks, Rainer Faus, Jana Faus

Auf der Suche nach Halt

Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten

Kurzfassung der Studie

Frankfurt am Main, im November 2023

Auf einen Blick

- Die Nachwendegeneration zeigt sich krisenmüde und überfordert von den Anpassungen der letzten Jahre. Es fehlt an einer positiven Zukunftserzählung.
- Die Sichtweisen auf Politik sind in Ost- und Westdeutschland ähnlich negativ: Ihr wird in Bezug auf die aktuellen Herausforderungen wenig Lösungskompetenz zugesprochen.
- Nach 1989 geborenen jungen Menschen fehlt es an positiven Erfahrungen wirksamer politischer Teilhabe. Politik wird vor allem als Fremdbestimmung wahrgenommen.
- Die gesellschaftliche Stimmung wird als gespalten und verhärtet empfunden. Viele meiden politische Diskussionen und ziehen sich ins Private zurück.
- In Westdeutschland ist das Wissen über die Umbrüche der Nachwendezeit und deren bis heute wirkenden Folgen noch immer gering.

Allgemeiner Kontext zur Studie

Das Arbeitspapier schließt an die OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration in Ost- und Westdeutschland aus dem Jahr 2019 an (AH 96). Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die multiplen Krisen der vergangenen Jahre wahrgenommen wurden und wie sich die Krisenerfahrungen auf Einschätzungen zu persönlicher Zukunft, politischer Handlungsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken.

Die Ergebnisse der Vorgängerstudie zeigten eine verbreitete Unzufriedenheit in der Nachwendegeneration über das Funktionieren des demokratischen Systems in Deutschland. Gleichzeitig konnte eine ausgeprägte Unterstützung für die Demokratie als bestes Regierungssystem beobachtet werden. Darüber hinaus war der Blick in die Zukunft unter den jungen Befragten in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen zuversichtlich.

Seitdem haben die Corona-Pandemie und Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine die Gesell-

schaft erschüttert und Unsicherheiten verstärkt. Junge Menschen treffen diese Unsicherheiten in einer Lebensphase, in der sie das Fundament für ihren eigenen weiteren Lebensweg legen. Dabei ist schon jetzt klar, dass ihnen die Zukunft weitere Transformationsleistungen abverlangen wird.

Viele gegenwärtige Studien weisen darauf hin, dass die Krisenerfahrungen der vergangenen Jahre einen negativen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in politische Parteien, Parlament und Regierung haben. Auch zeigt sich, dass junge Generationen durch die Krisen in besonderer Form belastet sind, sich in dieser Belastung jedoch von der Politik vernachlässigt fühlen.

Vor diesem Hintergrund nimmt das Arbeitspapier die Krisenresilienz der Nachwendegeneration in den Blick. Aus der Psychologie stammend hat der Begriff der Resilienz in den letzten Jahren auch für die Sozialforschung an Bedeutung gewonnen. Resilienz bezeichnet dabei die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften, Krisen, Schocks und Katastrophen unbeschadet zu überstehen. Als Bedingungen für diese gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gelten Zuversicht und Zukunftsoptimismus, Vertrauen in Politik und Demokratie sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit.

Vorgehen

Die Studie beleuchtet politische Einstellungen und gesellschaftspolitische Stimmungen in der Nachwendegeneration, um nach den Bedingungen von Krisenresilienz in dieser Generation zu

fragen. Hierfür wurde ein zweistufiger, qualitativer und explorativer Forschungsansatz angewendet. Teilgenommen haben volljährige Ost- und Westdeutsche, die nach 1989 geboren wurden. In der ersten Forschungsstufe wurden vier Fokusgruppen mit homogener Zusammensetzung durchgeführt: jeweils eine Gruppe mit 18- bis 24-jährigen Westdeutschen, mit 25- bis 34-jährigen Westdeutschen, mit 18- bis 24-jährigen Ostdeutschen sowie mit 25- bis 34-jährigen Ostdeutschen. Die Fokusgruppen bestanden aus jeweils sieben Teilnehmenden. In der zweiten Forschungsstufe wurden Teilnehmende aus jeweils beiden Altersgruppen und Ost- wie Westdeutschland in zwei Workshops zusammengebracht. Hierdurch konnten die zunächst homogenen Gruppen in heterogener Konstellation gemeinsam über Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten diskutieren.

Ergebnisse

Fehlende Zuversicht und Zukunftspessimismus

In den Fokusgruppen und Workshops zeigen sich die Teilnehmenden krisenmüde und überfordert von den Anpassungen, die ihnen die vergangenen Jahre abverlangt haben. Es wird deutlich, dass eine positive Zukunftserzählung fehlt. Die Zukunft wird vielmehr mit Unsicherheit verbunden. Auf der Suche nach Stabilität und Zuversicht romantisieren die Befragten mitunter die Vergangenheit oder nutzen die Idee vom Auswandern als gedanklichen Fluchtpunkt, um das Versprechen, das eigene kleine Glück noch finden zu können, weiter aufrechtzuerhalten.

Da Zuversicht und Zukunftsoptimismus zu den Bedingungen einer resilienten Gesellschaft ge-

hören, sind diese Ergebnisse besorgniserregend. Besonders da längst nicht alle Krisen ausgestanden sind: Einige, wie die Klimakrise, werden uns noch jahrzehntelang begleiten, neue Herausforderungen werden dazukommen.

Politische Ohnmacht und Unzufriedenheit

Auch um die zweite Bedingung für Resilienz, das Vertrauen in Politik und Demokratie, steht es in der Nachwendegeneration derzeit nicht gut. Gefühle von politischer Ohnmacht sind keine Seltenheit, da es offensichtlich an Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit fehlt. Es wird kritisiert, dass die Politik planlos auf Entwicklungen reagiere, statt Herausforderungen aktiv zu gestalten. Dies wird auch mit Blick auf Themen und Herausforderungen junger Bürger:innen hervorgehoben – um die Bundes- und Landesregierungen zwar wüssten, an denen aus Sicht der Teilnehmenden jedoch nicht aktiv gearbeitet wird.

Trotz des geringen Vertrauens in die Politik zeigt sich jedoch eine breite Unterstützung für die Demokratie als Regierungsform. Allerdings wird Demokratie als etwas Selbstverständliches angenommen und nicht als etwas, um das man sich fortlaufend bemühen muss.

Verteilungskämpfe und fehlender Dialog

Bei den Einschätzungen der Nachwendegeneration darüber, wie gerecht die deutsche Gesellschaft ist, zeigen sich mit Blick auf ältere Ergebnisse keine Verbesserungen. Viele Teilnehmer:innen haben den Eindruck, aktuell selbst zu kurz zu kommen. Das mündet in sich verschärfenden Verteilungskonflikten, die in den Diskussionen teilweise durch eine Abgrenzung nach unten verar-

beitet werden. So wird hervorgehoben, dass man für seine soziale Situation und seinen Wohlstand selbst verantwortlich sei. Vor diesem Hintergrund werden Armut, Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit von einigen Teilnehmer:innen als individuelles Selbstverschulden gewertet.

Der Umgang mit gegenwärtigen und drohenden Krisen, vor allem aber das Gelingen anstehender Transformationen und die Gestaltung von Zukunft sind jedoch von einem funktionierenden Miteinander abhängig. Von einem Gefühl, dass es alles in allem gerecht zugeht. Zudem braucht es einen offenen, funktionierenden gesellschaftlichen Dialog, um in einer demokratischen Gesellschaft Aushandlungsprozesse und Kompromissfindung zu ermöglichen. Doch viele Teilnehmer:innen äußern, dass sie sich in politischen Auseinandersetzungen eher konfliktvermeidend verhalten, da es zu viele verhärtete Fronten gebe.

Annäherung zwischen Ost und West

In den Diskussionen der Fokusgruppen über die innerdeutschen Beziehungen bestätigen sich zentrale Ergebnisse der Vorgängerstudie: Die Perspektive auf die Umbrüche in den 1990er Jahren ist maßgeblich durch persönliche Nähe und Berührungspunkte mit ostdeutscher Geschichte geprägt. In den westdeutschen Fokusgruppen zeigt sich wenig Wissen über diese Transformationen und deren bis heute wirkenden Folgen.

Mit Blick auf Vorurteile gegenüber Ost und West sind sich die Teilnehmenden einig, dass über Ostdeutschland noch immer in Form von Defiziterzählungen gesprochen wird. Gleichzeitig beobachten sie, dass Unterschiede in der Sozialisation mehr

und mehr abnehmen. Fortbestehende Unterschiede und daraus resultierende Vorurteile seien vor allem noch in den älteren Generationen verbreitet.

Während auf der Ebene des Miteinanders weitere Annäherungen erwartet werden, wird insbesondere von den ostdeutschen Teilnehmer:innen die weiterbestehende Ungleichheit in den Arbeits- und Lebensverhältnissen zwischen Ost und West kritisiert. Solange keine Lohngleichheit bestehe, sei die Deutsche Einheit noch nicht erreicht.

Ausblick

In der Nachwendegeneration, die faktisch mehr Lebenszeit vor sich hat als alle älteren Generationen, ist das Gefühl verbreitet, weniger Zukunft als vorherige Generationen zu haben – ein kollektiver Pessimismus, der zu einem nicht zu unterschätzenden Problem für die Demokratie werden kann. Denn Zuversicht und Zukunftsoptimismus gehören zu den Bedingungen einer resilienten Gesellschaft. Es bleibt daher eine Aufgabe für Akteur:innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen, ein echtes Zukunftsversprechen zu erarbeiten und in der Realität wirksam werden zu lassen.

Zu einem solchen Zukunftsversprechen gehört für die Nachwendegeneration auch die Herstellung von Lohngleichheit zwischen Ost und West. Dazu braucht es Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung, um das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu stärken: Demokratie lebt vom Versprechen, die Zukunft mitgestalten zu können. Das verbreitete Gefühl von Ohnmacht wirkt diesem Versprechen entgegen.

Über die Autor:innen

Simon Storks ist Seniorberater bei der pollytix strategic research gmbh. Er ist spezialisiert auf politische Partizipationsforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung.



© Philipp Jester

Rainer Faus ist Geschäftsführer von pollytix. Gemeinsam mit Simon Storks hat er die OBS-Studie „Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten“ (AH 96) verfasst.



© Philipp Jester

Jana Faus leitet ebenfalls die Geschäfte von pollytix. Sie forscht seit mehr als 15 Jahren zu politischen und gesellschaftlichen Themen in Asien, Australien und Deutschland.



© Urban Ruths

Impressum

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2810, E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de, www.otto-brenner-stiftung.de

Veröffentlicht unter CC BY-NC-SA 4.0-Lizenz.



Mehr Infos sowie die Langfassung der Studie finden Sie auf unserer Website: www.otto-brenner-stiftung.de